

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 548.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 194.

Zweite Ausgabe

Freitag, 22. November 1901.

Preis der Zeitung beträgt wöchentlich 1 Mark. — Einzelhefte: 15 Pfennig. — Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 190.

Verleger: C. H. F. Müller. — Druck: C. H. F. Müller. — Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 190.

Neue Abonnements

für den Monat Dezember auf die

Halle'sche Zeitung

werden fortwährend von allen Postanstalten und Briefträgern, sowie in Halle a. S. bei der Expedition Leipzigerstr. 27 und Große Brauhausstr. 30 entgegen genommen. Abonnementspreis für einen Monat bei den Postanstalten M. 1.—, für Halle a. S. M. 0,85.

Halle a. S., im November 1901.

Expedition der Halle'schen Zeitung.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 22. November.

*** Chamberlain und die offiziöse Presse.** Die „Nord. Allgem. Zeitung“ giebt die (von uns schon mitgetheilte) Depesche des britischen Legations-Bureaus aus London über den Brief des Secretärs Chamberlain an einen gewissen Mannier wieder und schreibt dazu:

Einzelne unserer Kollegen haben es als einen politischen Fehler bezeichnet, daß die „Nord. Allgem. Zeitung“ bisher zu dieser Angelegenheit geschwiegen hat. Mit Unrecht. Wir können wenigstens nicht finden, daß die aus arabischen Kreisen herorgegangenen Kundgebungen verletzten Nationalgefühl irgend einer asiatischen oder halbasiatischen Aufklärung oder Belehrung bedürftig hätten, es sei denn in dem Sinne, daß man den berechtigten Annullen über außerparlamentarische Bedenken eines einzelnen Ministers nicht auf die englische Regierung und das englische Volk erstrecken dürfe. Außerdem hat eine ganze Reihe anderer deutscher Blätter diesen Gesichtspunkt zur Genüge hervorzuheben und bekräftigen, daß die durch den Burenkrieg erzeugte anti-englische Stimmung deutscher Volkstheile durch unbedachte und verlegende Äußerungen des Herrn Chamberlain aufs Neue gereizt worden sei. Die Wolffsche Depesche nöthigt uns nun doch, auf die Einbürgerungsrede des englischen Kolonialministers zurückzukommen. Nach den Verichten englischer Zeitungen hat sich Herr Chamberlain zur Rechtfertigung der englischen Kriegführung gegen die Buren darauf berufen, daß es andere europäische Nationen, und darunter die deutsche, in früheren Kriegen schlimmer getrieben hätten, als die Engländer in Südafrika. Durch seinen Secretär läßt Herr Chamberlain nunmehr erklären, daß er in Edinburgh nur auf die bei allen civilisirten Nationen unter ähnlichen Umständen beobachtete Sittung verwiesen habe.

Wir stellen fest, daß zwar die Einbürgerungsrede eine gewisse Aufschwächung erfährt, der Ausdruck der Verwunderung aber über die Empfindlichkeit des deutschen Nationalgefühl's ungerührt fertig und ungehörig bleibt. Denn das Mißverständliche, von dem Herr Chamberlain spricht, liegt auf Seiten der Buren lang unüberprüfbar geliebten englischen Reichsvertretung. Aber die zur Entschuldigend vorgebrachte allgemeine Wahrheit, daß in allen Kriegen Härten vorkommen, würde sich Niemand bei uns erregt haben.

Dem in Volkserhebungen hier und da aufgestellten Verlangen, im Interesse des deutschen Heeres amtliche Schritte gegen außerordentliche Äußerungen eines fremden Ministers zu unternehmen, können wir uns nicht anschließen. Das Ansehen, das sich die deutsche Armee sowohl durch Manneszucht und Muthigkeit wie durch Tapferkeit in der ganzen gefestigten Welt erworben hat, steht viel zu fest, als daß es durch falsche und unpopuläre Vergleiche zertrübert werden könnte.

Von hochwichtigen Seite wird in Vertikung unserer bisherigen Redaktionen noch mitgetheilt: Die fortgesetzten Kundgebungen gegen die bekannten Chamberlain'schen Faktisierungen finden in maßgebenden Kreisen die gebührende Würdigung. Gut man davon auch Abstand genommen, in der Angelegenheit eine Note an England zu richten, was schon aus dem Grunde unzweifelhaft erwünscht, als es sich um Privatäußerungen des englischen Kolonialministers handelte, so wird der verantwortliche Leiter unserer Politik sich vor dem Reichstage doch zur Sache mit unwiderrücklicher Klarheit äußern.

*** Der Kaiser über die Holländische Vorlage.** Der Kaiser soll sich gegenüber einem Staatsmann, der jedoch vom Festland nach England zurückkehrte, wie die Zeitungen in London erscheinende „Deutsche Korrespondenz“ mittheilt, über die Aussichten der Holländischen Vorlage „jemlich zufrieden“ geäußert haben. Danach erwartet er, daß die parlamentarische Erledigung dieses wichtigen Gesetzentwurfes der Session sehr viel weniger Zeit in Anspruch nehmen werde, als die Durchberatung des Textes vom Jahre 1879. Er hege das Vertrauen zum Reichstage, daß die Körperlichkeit in jedem Monat sich bemüht bleibe, der deutsche Reichstag zu sein. Die Wogen einer erregten Agitation und die Wraffen, die bei einem

solchen Kampfe unausweichlich seien, erzielten sich doch schließlich weniger mächtig, als das Bewußtsein der Verantwortlichkeit. Im Verein mit den verbundenen Regierungen werde der Reichstag sich über scheinbar schwierige Fragen verständigen. „Ein bishen Patriotismus — und das Schwerste wird leicht; es giebt kein Unannehmbar!“

Diese Äußerung, gegen deren Richtigkeit keinerlei sachliche Gründe sprechen, macht mit einem Schlage dem freihändlerischen Gedanke ein Ende, als sei der Kaiser ein geheimer Gegner des Entwurfs. Wenn die Abgeordneten der Mehrheit ihre parlamentarische Pflicht erfüllen, dann muß und wird die Vertretung ein reiches und befriedigendes Ereigniß zeitigen. Wir können nur wünschen, daß dieser Appell an das Pflichtgefühl der Abgeordneten bei der Parlamentsmehrheit ein Echo finden möge.

*** Eine neue wirtschaftliche Vereinigung.** In der Presse wird die Mittheilung verbreitet, es würden Versuche gemacht, im Reichstage eine neue wirtschaftliche Vereinigung zu bilden, analog derjenigen, welche die Zolltarifreform im Jahre 1878 geführt hat. Nach den Informationen der „Konver. Kor.“ ist diese Mittheilung nicht richtig. Wie hätten auch solche Versuche in einer Zeit, da die Fraktionen nicht verhandelt sind, gemacht werden können. Es ist überhaupt fraglich, ob die Fraktionen zur Bildung einer so starken Vereinigung geneigt sein werden. Ein feinerer internationaler Austausch würde vielleicht Besseres leisten. Jedemfalls wird aber die Sache erst reiflich zu erwägen sein, und es dürfte sich empfehlen, diesen Erwägungen nicht Eile vorzugreifen.

*** Die Arbeiten des Reichstages.** Bei allen Parteien des Reichstages besteht eine Information der „Magd. Zig.“ zufolge, die Absicht, außer der ersten Lesung des Etats und die Zolltarifvorlage in erster Vertretung vor Reichstag zu erledigen. Die näheren Anordnungen über die Geschäftsvertheilung dürften im Senatorenkonvent getroffen werden, der alsdann nach Wiedereröffnung der Verhandlungen vom Präsidenten Graf Ballestrem berufen werden wird. Voraussetzlich werden auch mehrere Interpellationen in der nächsten Woche eingebracht werden. Der Entwurf zur Abänderung des Börsengesetzes ist bereits fertig gestellt. Er geht demnach zur Begutachtung an die Einzelregierungen. Aber ein Theil von Einzelregierungen macht sich entzündlichen Widerspruch baggen geltend, daß mehrere notwendige größere Ausgaben für Reichsbörsenämter, die nicht aus den Einnahmen gedeckt werden können, auf Wege neuer Anleihen Deckung finden sollen.

*** Der Bundesrath über die in seiner Donnerstag-Sitzung 1. des Abkommens mit Frankreich über den Verkehr mit Vranan in an der deutsch-französischen Grenze vom 1. October 1901, 2. den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Eisenbahntarif und die Klassenenthebung der Orte, sowie die Abänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen, 3. den Entwurf zum Vollzugs- und Pensionstat der Reichsbanbeamten, 4. den Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Reichs-Eisenbahngesetzes über 1. den Entwurf von Vorschriften über den Eisenbahntarif mit Bezug auf die Vorlage über den Entwurf einer neuen Vereinbarung zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, 5. die Vorlage über die Abänderung der Nummern 35, 44 und 52 Anlage B zur Eisenbahndarstellung und 4. den Entwurf einer neuen Vereinbarung zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und der Schweiz die Zustimmung.**

*** Der Kaiser trifft zur Retourverordnungsung am Montag, 25. November, Morgens gegen 8 Uhr in Kiel ein und wird nach den bisherigen Bestimmungen mehrere Tage in Kiel verbleiben und voraussichtlich am 28. d. Mts. Morgens die Rückreise nach dem Neuen Palais bei Potsdam antreten. Am 29. d. Mts. Morgens 8 Uhr erfolgt von Station Wildpark die Abreise des Kaisers und seiner Gattin nach dem Jagdschloß in der Gohre, mo am 29. und 30. d. Mts. die diesjährige Jagdsaga stattfindet. Die Rückreise von dort nach dem Neuen Palais erfolgt am 30. d. Mts. 1/212 Uhr Nachts.**

*** Beim Kaiserpaar war zur Mittagstafel und Abendstafel am Mittwoch Prinz Eitel Friedrich geladen. Donnerstag Morgens um 8 Uhr 45 Minuten begaben die Majestäten, als am Geburtstage der Kaiserin Friedrich, sich nach dem Mausoleum der Friedenstrasse und legten daselbst einen Kranz nieder. Von 9 Uhr ab hörte der Kaiser die Vorträge des Kriegsministers Generals der Infanterie v. Goltz und des Chefs des Militärabtheilens, Generalmajors Grafen v. Hülsen-Epeler.**

*** Der „Manchester Guardian“ berichtet, daß Kaiser Wilhelm mit großer Interesse dem Plan erwäge, den Kronprinz auf eine Weltreise zu senden, die auch die östlichen Provinzen des britischen Reiches einschließen würde. König Edward habe zu diesem Gedanken sich außerordentlich sympathisch geäußert und habe dem Kaiser vorgeschlagen, alle Gattungsähnlichkeit und zarte Rücksicht, über die er verfügen könne, dem Kronprinzen überlassen zu lassen.**

*** Dem Vernehmen nach wird der Großherzog von Oldenburg wegen des Verleumdens, wovon dessen er im Anfang des Jahres d. Mts. zur Kur in Dresden gewest hat, den Winter im Süden verbringen.**

*** Der Reichstagler Graf von Bülow hatte, der „Nord. Allg. Zig.“ zufolge, am Mittwoch eine längere Unterredung mit dem Reichsminister in Petersburg, v. Rosen, der sich in den nächsten Tagen auf seinen Posten zurückbegeben wird. Im Laufe des Nachmittags hatte der Reichsminister mit dem Reichsminister Grafen v. Tziemann und dem Minister des Innern Herrn v. Hammerstein Besprechungen.**

*** Im Kultusministerium ist über neuere Verhandlungen wegen Abtretung des Kaiser-Ministeriums in solchen für Kirche und Schule und ein eigenes Ministerium für Wissenschaften und Künste nichts bekannt. Die letzten resultanten Konferenzen in dieser Beziehung haben schon vor über Jahresfrist stattgefunden. Alle gegenwärtigen Verhandlungen freistehende Blätter entbehren der Begründung.**

*** Dem Präsidenten der Seehandlung, Herrn Havenstein, ist das Unterstaatssekretariat im Finanzministerium angetragen worden. Herr Havenstein hat jedoch mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand abgelehnt.**

*** Das Staatsministerium trat am gestrigen Donnerstag unter dem Vorsitz des Grafen v. Bülow zu einer Sitzung zusammen. Bei den am Donnerstag im 1. Wahlkreis des Regierungsbezirks Gumbinnen erfolgten Landtagswahlen (Zirkel) wurden insgesamt 436 Stimmen abgegeben. Bei der ersten Wahl entfielen auf Amtsvorsteher Spitzig's Landmarschall (Kommunisten) 294, auf Amtsvorsteher Marcus' Zirkel (Deutsch-freistimmig) 132 Stimmen. Bei der zweiten Wahl erhielt Amtsvorsteher Glagel-Zirkel (nationalliberal) 292, Amtsvorsteher Spitzig's (deutsch-freistimmig) 132 Stimmen. Amtsvorsteher Spitzig's und Amtsvorsteher Glagel sind somit gewählt.**

*** Der Kolonialrath ist Donnerstag Vormittag in Berlin zu seiner diesjährigen Herkennung zusammengetreten. Der Vorsitzende, Kolonialrath Dr. Schickel, wies die alten und die neu ernannten Mitglieder willkommen und gedachte mit warmen Worten des verstorbenen Mitgliedes Abgeordneten Schering. In den ständigen Ausschüssen wurden die Staatssekretäre a. D. Jacobi und Herzog und Staatsminister Hofmann vorgewählt. Neben die Mitglieder des Ausschusses zur Beratung des Straßencfrage lag ein gedruckter Bericht vor, zu dem der Vorsitzende, Domptapular Hesper, betonte, der Ausschuss habe eine generelle gesetzliche Regelung der Eisenbahnen zur Zeit nicht möglich gehalten, wohl aber ihre vorläufige Regelung nach den einzelnen hier in Betracht kommenden Schutzgebieten unter Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse. In der anschließenden Beratung bezeichnete der Vorsitzende als das Ziel der Revision, auch in Deutsch-Ostafrika die Befreiung der Eisenbahnen durchzuführen, sobald die Verhältnisse es irgend erlauben. Der Kolonialrath schloß die Sitzung mit dem Beschlusse, daß die Freierklärung der Eisenbahnen in Ostafrika mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse des Gouvernements zunächst noch nicht ausgeprochen werden sollte, wohl aber ein solches Vorgehen in Togo und Kamerun, in dem letzteren Schutzgebiete mit einigen Ausnahmen, als durchführbar angesehen werden könne. Die Einführung eines Arbeitspatentes durch die Regierung wurde als undurchführbar bezeichnet. In der Einzelberatung wurde die Entwurfs von Verordnungen betr. die Eisenbahnen in Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Togo, mit einigen Änderungen in der Fassung des Ausschusses angenommen. Der Vorsitzende sagte die abschließende Beschlusse der Entwurfs einer Verordnung für Ostafrika zu, während die Beschlusse der Verordnungen für Togo und Kamerun erst in Aussicht genommen wurden, nachdem bezüglich der letzteren der Gouverneur von Kamerun noch nichts mitgetheilt worden sei.**

*** In der Nachmittags-Sitzung fand der Bericht des Ausschusses für die Prüfung des Verordnungsentwurfs betreffend die Regelung der Arbeiterverhältnisse in Kamerun auf der Tagesordnung, der in ausführlicher Form gedruckt vorlag. Der Bericht ging auf eine prinzipielle Erörterung der wirtschaftlichen Lage Kameruns ein, wobei dem hervorgetretenen Schwierigkeiten gegenüber aus dem Kolonialrath heraus auf die schwebenden wirtschaftlichen Kämpfe hingewiesen wurde, die auch fremde, heute in großer Zahl lebende Kolonien in den Umfangsbereichen ihrer Entlohnung durchgemacht gehabt haben; auf Grund der sachverständigen Untersuchungen der natürlichen Verhältnisse Kameruns man Vertrauen auf die Zukunft der dortigen Unternehmen haben und müsse fortsetzen, Kapital und Arbeitssatz an dieselben zu geben. Der Kolonialrath hob hervor, daß die Regierung stets bemüht gewesen sei, zwischen Kapitalgebern und Arbeitern Einteilung und Schichten zu treffen, und daß namentlich Beschlüssen der Reichsregierung stets die Abnung auf dem Fuße erfolgt sei. Die vorliegende Verordnung solle dazu dienen, in dieser Beziehung eine Grundlage zu schaffen und dadurch bestehende Unklarheiten beseitigen zu befehlen. Nach einer eingehenden Spezialdebatte, die sich auf die Fragen der Arbeiterunterstützung, der Behandlung der Arbeiter in Krankheitsfällen, sowie des Lohnzahlens und des sonstigen Nachlassens verlorer Arbeiter, insbesondere die Beschlüsse der Arbeitskommission, erstreckte und in die der Kolonialrath wiederholt eingriff, wurde der Verordnungsentwurf mit einigen Zusätzen und Änderungen in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ferner hatte der Ausschuss bestimmte die Diskussionsfrage gestellt über die Arbeiter regende Grundzüge in Vorlage gebracht. Das Vernehmen des Kolonialrath's stimmte ihnen nach längerer Diskussion unter Vorname mehrerer Abänderungen bei.**

*** Nordamerika und die deutschen Schiffahrtsgesellschaften.** Von einer Konferenz, die, Sitzungsnachrichten zufolge, im Reichs-Marineamt zwischen den Leitern der Hamburger Amerika Linie, des Norddeutschen Lloyd und maßgebenden Persönlichkeiten unserer Marine stattgefunden haben soll, angeblich um die Befähigung zu erweitern, die fünf Linien und dem deutschen Handel durch die Möglichkeit eines Aufstaus derselben durch amerikanisches Kapital besser ist in maßgebenden Kreisen nichts bekannt.

